

# Endlich Frieden?

Deutsche Soldaten in den Irak, deutsche Waffen in alle Welt: Die Zeit ist reif für eine antimilitaristische Bewegung. Doch die Spaltung ist schon da. **Von Sebastian Carlens**



»Mehr Verantwortung« mahnt der Bundespräsident, der Aktionskünstler Günther Wangerin übersetzt ihn (München, 2. Februar 2014)

Nun auch im Zweistromland: 100 bewaffnete »Ausbilder« will die Bundesregierung im kommenden Jahr in den Nordirak schicken. Afghanistan, Usbekistan, Kongo, Sudan, Serbien, Mali, Westsahara, Libanon, Tansania. Überall dort wird, so die Sprachregelung der Herrschenden, »unsere Freiheit« verteidigt. Meistens ist dies die Freiheit deutscher Handelsrouten. Im Bundesstag hat sich, noch mit Ausnahme der Linken, eine ganz große Koalition der Kriegswilligen gebildet.

»Stoppt Putin jetzt!«, forderte der Spiegel im Juli 2014. Stoppt diese Bundesregierung, die mit aller Macht in einen neuen Kalten Krieg, der stets in einen heißen umschlagen kann, ziehen will – das sollte die Antwort all derjenigen sein, die diesem brandgefährlichen und geschichtsvergessenen Kurs nicht folgen wollen. Keine Frage, die Zeit ist reif für eine starke Friedensbewegung.

Am Samstag ruft das Bündnis »Friedenswinter 2014/15« zu einer Demonstration zum Amtssitz des Bundespräsidenten auf. Joachim Gauck ist kein falscher Adressat, des Präsidenten Mission ist die Kriegsertüchtigung des Volkes. Den Aufruf haben viele aus der Friedensbewegung bekannte Persönlichkeiten unterschrieben. Viele andere bekannte Namen fehlen allerdings. Dies hat wiederum etwas zu tun mit einigen noch nicht so bekannt-

ten Unterzeichnern. Eine gesplante Friedensbewegung - mitten in kriegerischen Zeiten.

Teile der »Montagsmahnwachen«, die im Frühjahr binnen kurzer Zeit Tausende Menschen »gegen die Politik der amerikanischen Zentralbank« mobilisieren konnten, haben sich mit Gruppen der »alten« Friedensbewegung zusammengetan. Zwei ihrer Protagonisten, Ken Jebsen und Lars Mährholz, Anmelder der Berliner »Mahnwache«, sind Mitunterzeichner des Aufrufs zur Demonstration vor Schloss Bellevue. Weitere »Mahnwachen« aus ganz Deutschland, von denen manche nur auf dem Papier existieren, finden sich ebenfalls. Deshalb haben andere ihre Unterschrift zurückgezogen, zum Beispiel Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisation (IMI). Patrik Köbele, Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), kritisiert eine »Fixierung auf den US-Imperialismus« und die Behauptung, Deutschland sei »nicht souverän«. Die DKP, auch die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA), seit über 30 Jahren feste Bestandteile der Friedensbewegung in der BRD, haben den Aufruf nicht unterstützt. Ihre Sorgen sollten ernst genommen werden. Denn Teile der »neuen Montagsdemos« scheinen unter der Forderung nach Frieden eher einen »Friedensvertrag für Deutschland« zu verstehen, das sie als besetzt, als kolonialisiert,

wähnen. Dass damit den aggressivsten Vertretern des deutschen Kapitals in die Hände gespielt wird, kann und darf die Linke nicht kalt lassen.

Doch auch ganz andere Kräfte, Linke dem Parteibuch nach, die nach der »Regierungsfähigkeit« schielen, nutzen die Spaltung aus. Klaus Lederer, Berliner Linken-Landeschef, feuerte eine Breitseite an Unterstützer des Aufrufs aus seiner Partei ab und erinnerte sie an »die eigenen Beschlüsse«, mit denen die Linkspartei den »Mahnwachen« eine Absage erteilt hatte. Dass Lederer jene seiner Parteifreunde, die Waffenexporte fordern oder »humanitäre« Bundeswehreinräufe verlangen, an die vielen Beschlüsse zu Antimilitarismus erinnert – darauf wird man lange warten können. Auch die taz weidet sich an der Schwäche der Friedensbewegten: »Wer zu allen Seiten offen ist, kann irgendwo nicht ganz dicht sein«, höhnt das Blatt, dass keinerlei Probleme hat, alle deutschen Militäreinsätze seit dem Jugoslawien-Krieg zu bejubeln. Für Chauvinisten aller Couleur kommt die Spaltung der Bewegung zur rechten Zeit. Die Webseite des »Friedenswinters« illustriert dies: Offene Briefe, Stellungnahmen und Distanzierungen bestimmen die Startseite. Das »Aktionsbüro« grenzt sich dort zum Beispiel von einem nationalistischen Mobilisierungsvideo namens »Deutschland wach auf« ab. »Antisemitische, neurechte, reichsbürgerliche,

rassistische, nationalistische und faschistische Positionen lehnen wir ab«, so das Statement am Freitag. Doch mindestens eine zentrale Figur der »Mahnwachen« und des »Friedenswinters« hat den Film bei Facebook »geliked«, also aktiv weiterverbreitet. Ist das Video eine Provokation oder ist es »echt«, aus der »Montagsbewegung« heraus entstanden? Beides scheint gleichermaßen möglich. Dies zeigt das ganze Dilemma.

»Nicht rechts, nicht links, sondern vorne«, so einer der Slogans der »Mahnwachen«. Diese Einstellung hat Verwüstungen hinterlassen. Ist die »Kriegsfront« das vorrangige Problem, vor dem die »Querfront«-Gefahr zu vernachlässigen ist? Dürfen oder sollen Rechte wie Linke, wenn sie »für Frieden« sind, in Kriegszeiten gemeinsame Sache machen? Damit ist der Selbstzerstörungsmechanismus eingepflanzt, bevor die Bewegung Fahrt aufnehmen konnte. Die aktuelle Spaltung der Friedenskräfte resultiert aus ihren inneren Widersprüchen, die durch die Zusammenführung von generischen politischen Lagern entstanden sind. Sie sind nicht »von außen«, auch nicht durch »Systemmedien« an die Bewegung herangetragen worden. Eine starke, kämpferische Friedensbewegung ist nur möglich und lebensfähig, wenn sie inhaltlich wie organisatorisch auf eigenen Füßen steht. Nötig ist sie allemal.

## ■ Reaktion

»Nicht nach rechts offen«

■ Reiner Braun, einer der Sprecher der »Kooperation für den Frieden«, und Wolfgang Gehrcke (Die Linke) haben sich mit einem offenen Brief an die linken Kritiker des »Friedenswinters« gewandt:

(...) Der von uns initiierte Aufruf für einen Friedenswinter 2014/2015 hat in der Friedensbewegung und bei antifaschistischen Initiativen und Verbänden eine sehr widersprüchliche Diskussion ausgelöst. Weniger die im Rahmen des Friedenswinters angekündigte Kundgebung vor dem Amtssitz des Bundespräsidenten, sondern mehr, dass sich unter den 60 namentlichen Aufrüferinnen und Aufrüfern auch mit Ken Jebsen und Lars Mährholz zwei bekannte Personen aus der Montagsmahnwachenbewegung befinden. Uns ist es wichtig, dass viele zur Kundgebung kommen, über künftige Formen der Zusammenarbeit müssen wir uns sicher im weiteren den Kopf zerbrechen – aber jetzt geht es um die Aktion. Genauer gesagt: Jetzt geht es darum, dem drohenden Krieg Einhalt zu gebieten!

Wie man konkret jeweils vor Ort zusammenarbeitet, dass müssen die Friedensfreundinnen und Friedensfreunde vor Ort entscheiden. Unser Engagement jedenfalls ist nicht wertungslos, und wir haben uns immer eindeutig entlang der Eckpfeiler »Nein zu Faschismus. Nein zu Krieg.« bewegt. Aktuell heißt dies: »Nein zu Rassismus. Nein zur NATO.« Der Friedenswinter 2014/2015 ist nicht nach rechts offen und darf nicht nach rechts offen sein. Er soll demokratisch, bunt, vielfältig und weit über Parteigrenzen hinaus wirksam werden. Der Friedenswinter widersetzt sich rechter Islamfeindlichkeit, wie sie von rechten Initiativen in Sachsen und NRW unter dem Begriff Montagsmahnwachen fälschlicherweise bedient wird. (...)

Wer wirklich für den Frieden kämpft, muss Demokratinnen und Demokrat sein, muss plural denken und gegen rechts kämpfen. Wir möchten uns gern an den Gedanken von Rosa Luxemburg über die Freiheit in der Diskussion und die Einheit in der Aktion orientieren. (...)

■ www.friedenswinter.de

# »Es muss breite Mobilisierung geben«

Friedensbewegung diskutiert über Zusammenarbeit mit den »Montagsmahnwachen«. Ein Gespräch mit Monty Schädel

**Aus Kritik an den »Montagsmahnwachen für den Frieden« haben etliche Gruppen den Aufruf zum »Friedenswinter 2014/15« nicht unterzeichnet. Auch Sie haben vor einer Zusammenarbeit mit diesen Strukturen gewarnt. Warum unterstützen Sie den Aufruf dennoch?**

Ich warne noch immer vor denjenigen, die mit rassistischen und ausländerfeindlichen Parolen zu den sogenannten Montagsmahnwachen gehen. Da hat es von mir keine Positionsände-

rung gegeben. Allerdings habe ich in den vergangenen Monaten innerhalb der Montagsmahnwachen Auseinandersetzungen und Diskussionen wahrgenommen. Diese Strukturen haben sich meiner Meinung nach von Rassismus, Faschismus und anderen menschenfeindlichen Ideologien abgegrenzt. Dementsprechend muss es nun eine möglichst breite Mobilisierung



Monty Schädel ist Politischer Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)

für den Frieden geben. Die Kriegsgefahr ist groß, die Beteiligung der Bundeswehr steht im Raum, Rassismus ist auf der Straße präsent. Dagegen müssen wir deutlich machen: Wir wollen eine andere Gesellschaft. Die Beteiligung der Mahnwachen spaltet aber nichtsdestotrotz die Friedensbewegung... Ich würde da nicht von

einer Spaltung sprechen, sondern von unterschiedlichen Positionen zu aktuellen Themen und Auseinandersetzungen in der Friedensbewegung. Es ist immer so, dass große Teile sich an Aktionen beteiligen und andere Teile eben nicht. Es gab schon immer unterschiedliche Bereiche und Grundpositionen. Einige haben gegen die NATO demonstriert, andere gegen Atomwaffen.

**Der Grundkonsens war jedoch der gleiche. Heute machen nicht nur einige nicht mit, sondern kritisieren sogar andere für ihre**

**Beteiligung. Schwächt das die Friedensbewegung?**

Ich will solche Diskussionen in keiner Weise befeuern und finde sie auch nicht sinnvoll. Gerade wir in der DFG-VK haben Mitglieder aus unterschiedlichen Bereichen, die sich engagieren. Ich kann niemandem vorwerfen, er mache das an dieser Stelle verkehrt. Ich denke, wir wollen alle das gleiche. Wenn wir gemeinsam mit der Parole: »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!« auf die Straße gehen, ist das für mich das, was zählt.

Interview: Claudia Wrobel